

Sozialdemokratischer pressediens

P/XXVII/217

10. November 1972

Im Mittelpunkt steht für uns das Kind

CDU wird auch in der Familienpolitik unfair

Von Käthe Strobel

Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit

Seite 1 bis 3 / 125 Zeilen

Herr Barzel, Sie werden unglaubwürdig!

CDU-Vorsitzender von Anfang über "Grundvertrag"
informiert

Seite 4 / 42 Zeilen

Der Dialog mit Ostberlin kann beginnen

"Grundvertrag" als Basis der deutschen Ver-
ständigungspolitik

Von Dr. Wilhelm Wolfgang Schütz

Mitglied des Kuratoriums "Unteilbares Deutsch-
land"

Seite 5 / 40 Zeilen

Wir stehen vor der Herausforderung der Dritten
Welt

Die Entwicklungspolitik muß Teil der Gesamt-
politik werden

Von Dr. Erhard Eppler

Bundesminister für wirtschaftliche Zusammen-
arbeit

Seite 6 bis 8 / 139 Zeilen

- * Wir setzen heute den zwanglosen Abdruck
* einer Serie "Rückblick und Ausblick" fort,
* in der die sozialdemokratischen Bundesmi-
* nister über ihre bisherige Tätigkeit und
* ihre Arbeitspläne berichten.

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Hausallee 2-10
Postfach: 120 408
Postbezug: 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 30 37 - 38
Telex: 698 846 / 698 647/
886 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Im Mittelpunkt steht für uns das Kind

CDU wird auch in der Familienpolitik unfair

Von Käthe Strobel

Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit

Offenbar inspiriert durch die Meldungen über Geburtenrückgang, schreckt die Opposition nicht davor zurück, dieser Regierung vorzuwerfen, sie propagiere die Zwei-Kinder-Familie als Leitbild der Familie schlechthin. Die stellv. CDU-Vorsitzende Dr. Helga Wex versuchte jedenfalls sowohl auf einer Tagung des Familienbundes Deutscher Katholiken als auch auf einer Pressekonferenz der CDU, auf der die Leitsätze der Familien- und Jugendpolitik vorgestellt wurden, den Eindruck zu erwecken, als ob die Regierung in den vergangenen Jahren durch eine Bevorzugung der Zwei-Kinder-Familie direkt auf den Bevölkerungszuwachs in der Bundesrepublik Deutschland habe Einfluß nehmen wollen.

Tatsache ist jedoch, daß die sozialliberale Koalition nach sechsjähriger Stagnation im Jahre 1970 das Kindergeld gerade für das dritte Kind erhöht hat und zusätzlich dazu besonders die junge Familie durch Anhebung der unerträglich niedrigen Einkommensgrenze für das Zweitkindergeld förderte; daß sie die Familien-erholung gerade im Hinblick auf die Mehrkinderfamilie durch erhöhte Investitionsmittel gefördert hat; und daß sie die sozial- und beamtenrechtlichen Vorschriften so geändert hat, daß heute ein in der Ausbildung Befindlicher auch dann noch Kindergeld, Kinderzuschläge und ähnliche Leistungen erhält, wenn er geheiratet hat. Wir haben das Bundesausbildungsförderungsgesetz verabschiedet, das vor allem Kindern aus sozial schwachen und kinderreichen Familien zugute kommt.

Daß die von dieser Regierung angestrebte Reform des Familienlastenausgleichs im Rahmen der Steuerreform in dieser Legislaturperiode nicht mehr verabschiedet werden konnte, geht auf das Konto der Mandatsüberträger. Schon im Juni 1971 wurde vom Bundeskabinett die Reform des Familienlastenausgleichs beschlossen. Mit dieser Reform soll gerade die Benachteiligung von Familien, die wegen ihres geringen Einkommens die Steuerfreibeträge nicht voll ausschöpfen können, beseitigt werden und ein einheitliches Kindergeld ab erstem Kind für alle Familien gewährt werden. Vorgesehen ist ein Kindergeld von 50 DM für das erste, 70 DM für das zweite und 90 DM für das dritte und jedes weitere Kind. Vier Milliarden DM will die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung (bezogen auf das Jahr 1974) zusätzlich im Rahmen dieses großen Familienlastenausgleichs für Kinderleistungen des Staates im Bundesetat

bereitstellen. Ich bin der Auffassung, daß sich das Kindergeld an den Kosten orientieren sollte, die die Erziehung eines Kindes erfordert, aber es sollte nie zu einem Bonus für die Kinderzahl degradiert werden.

Im Mittelpunkt der familienpolitischen Konzeption der SPD steht das Kind, sein Wohl, seine optimalen Entwicklungs- und Bildungschancen. Voraussetzung dafür aber ist bewußte Elternschaft, die die Kinderzahl nicht in erster Linie unter dem Aspekt des finanziellen "was kann ich mir leisten?" sieht, sondern von der Verantwortung für die Erziehung des Kindes ausgeht. Kein Mitglied dieser Regierung oder der SPD-Fraktion hat irgendwelche Hinweise dafür gegeben, daß wir als Leitbild unserer Familienpolitik die Zwei-Kinder-Familie ansehen.

Die Entscheidung über die Größe der Familie muß eine gemeinsame verantwortungsbewußte Entscheidung der Ehepartner sein. Die Gesellschaft hat da nicht hineinzureden, wohl aber dafür zu sorgen, daß die Eltern eine soziale Gesamtsituation vorfinden, in der sie ihre Entscheidung ohne Angst vor einer materiellen Überbelastung treffen können. Wenn der Trend in der Bundesrepublik tatsächlich zur Kleinfamilie mit zwei Kindern geht, so sehe ich darin einen Beweis für bewußtere und aufgeklärtere Eltern und natürlich auch für eine stärkere Emanzipation der Frau, die einerseits bereit ist, auf eine Berufstätigkeit zugunsten der Erziehung kleiner Kinder zu verzichten, andererseits aber ihren Beruf nicht für immer aufgeben möchte.

In den drei Jahren führender Regierungsverantwortung haben sich die Sozialdemokraten darum bemüht, daß die Gesellschaft Kinder nicht als "Kostenfaktoren" oder "Lasten" betrachtet, sondern in ihnen in erster Linie Mitglieder unserer Gesellschaft sieht, die ein Recht auf Erziehung haben und von deren Erziehung es weitgehend abhängt, wie die Gesellschaft der Zukunft aussehen wird. Auf die Frage, was sie als CDU-Familienminister als erstes tun würde, antwortete Frau Dr. Wex: "Den Familienlastenausgleich für Vier- und Mehr-Kinder-Familien vorziehen". Das aber bedeutet wieder ein Zurück zur Wuermeling'schen Familienpolitik, die in erster Linie ihre Aufgabe in sozialen Maßnahmen für Kinderreiche sieht und sich nicht als Bestandteil einer verantwortungsvollen Gesellschaftspolitik versteht.

Tatsache ist auch, daß von den 7,3 Millionen Müttern mit im Haushalt lebenden Kindern 35,7 vH. erwerbstätig sind, und es

scheint so, als ob in den nächsten Jahren die Erwerbstätigkeit von Müttern noch weiter zunehmen wird. Wir haben versucht, unsere familienpolitischen Maßnahmen auch auf diese Tatsache abzustellen und nicht, wie die Opposition unterstellt, das Leitbild der berufstätigen Frau herauszustreichen. Uns geht es darum, den Frauen die Möglichkeit zur Selbstverwirklichung zu geben und sie bei der Bewältigung ihrer Doppelrolle zu entlasten.

Gleichzeitig sind wir auch bestrebt, die finanziellen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß sich eine Frau ausschließlich der Erziehung und Betreuung ihres Kindes in den ersten Lebensjahren widmen kann. Wir wissen, wie entscheidend die ersten Lebensjahre für die weitere Entwicklung eines Kindes sind. Und deshalb möchten wir nicht, daß eine Frau aus materiellen Gründen gezwungen wird, berufstätig zu sein, wenn sie ein Kleinkind unter drei Jahren hat. Wir haben die Konzeption des sogenannten "Muttergeldes" nicht fallengelassen, sondern in unser Langzeitprogramm eingeordnet.

Tatsache ist auch, daß in der Bundesrepublik zur Zeit jährlich mehrere hunderttausend Schwangerschaftsunterbrechungen illegal vorgenommen werden. Es hat sich gezeigt, daß das geltende Strafrecht, das nahezu jeden Schwangerschaftsabbruch mit schwerer Strafe bedroht, nicht geeignet ist, ihm entgegenzuwirken. Ich möchte jedoch in diesem Zusammenhang noch einmal betonen: Für uns Sozialdemokraten ist der Schwangerschaftsabbruch kein Mittel der Familienplanung, und jeder muß diese Frage nach seinem Gewissen entscheiden. Darüber hinaus aber müssen wir die geltende strafrechtliche Regelung ändern, um Hunderttausende von Frauen aus ihrer Not zu befreien. Wenn die CDU vorschlägt, den § 218 StGB dahingehend zu ändern, daß nur bei außergewöhnlichen Konfliktsituationen von Strafen abzusehen ist, und Gerichte darüber entscheiden sollen, ob diese Konfliktsituation gegeben ist, so wird damit in keiner Weise der jetzt herrschende Mißstand beseitigt und den betroffenen Frauen nicht wirklich geholfen werden können.

Im gleichen Maß, wie die Gesellschaft einer Wandlung unterzogen ist, ist es auch die Familie. Ziel unserer Familienpolitik wird es auch weiterhin sein, Schritt zu halten mit den gesellschaftspolitischen Veränderungen, dem neuen Selbstverständnis der Frau und den Erkenntnissen der Wissenschaft. Aufgabe von Staat und Gesellschaft ist es dabei, die Erziehung innerhalb der Familie zu unterstützen und sie durch entsprechende Erziehungsrichtungen außerhalb der Familie zu ergänzen. (-/10.11.1972/ks/ex)

+ + +

Herr Barzel, Sie werden unglaubwürdig!

CDU-Vorsitzender von Anfang über "Grundvertrag" informiert

Der CDU-Vorsitzende Dr. Rainer C. Barzel spielt sich unter seinen eigenen Wert hinunter. Es ist noch nicht ganz so schlimm als zu der Zeit, da er vor den Ostverträgen die Nerven verlor, sich zwischen Ja und Nein verirrt und schließlich im Gestrüpp des Nein hängenblieb. Aber seine Reaktion gegenüber dem "Grundvertrag" zeigt einen Mann, der sich in Ausflüchten verrennt und in die Wahlversammlungen mit Scheinargumenten geht, die ihm niemand mehr abnehmen kann.

Dazu gehört die vorunglückte Behauptung, daß die Verhandlungen über den jetzt paraphierten "Grundvertrags"-Entwurf zu schnell und hektisch durchgeboxt worden seien. Jeder Bundesbürger, der sich auch nur ein Mindestmaß an Übersicht erhalten hat, weiß, daß an diesem entscheidend wichtigen Vertrag rd. 150 Tage lang in größter Sorgfalt und minutiös gearbeitet worden ist. Die zahllosen Zeitungsmeldungen, die auch über das Auf und Ab der Verhandlungen Auskunft gaben, haben jeden Bundesbürger die Entwicklung des "Grundvertrags"-Entwurf vom ersten Tag an sozusagen hautnah miterleben lassen.

Die zweite Behauptung will der Wählerin und dem Wähler weismachen, daß die Opposition über diesen "Grundvertrag" und die Verhandlungen nicht ausreichend unterrichtet worden sei, so daß man vorerst noch kein Urteil über den Vertragstext abgeben könnte. Hier wird Dr. Barzel vollends unglaubwürdig. Der vom Kanzler und von der Regierung beauftragte Unterhändler, Staatssekretär Egon Bahr, hat im Kontaktausschuß in regelmäßigen Abständen ausführlich und umfassend über die jeweilige Phase Bericht erstattet. Er hat nicht nur eingehend informiert, sondern es wurde auch diskutiert und es wurden Anregungen gegeben. Mitglieder des Kontaktausschusses sind und waren für die "Union" die Herren Dr. von Weizsäcker, Dr. Johann Baptist Gradl und Dr. Richard Jaeger.

Die drei "Unions"-Politiker, zwei von der CDU und einer von der CSU, haben ihren oder ihre Parteivorsitzenden in jedem einzelnen Fall ganz zweifellos sofort und intensiv unterrichtet. Dr. Rainer C. Barzel und mit ihm gewiß auch Franz Josef Strauß waren also zu jedem Zeitabschnitt, praktisch immer, voll informiert. Diese Fakten stehen. Sie sind weder abzuleugnen noch zu bezweifeln. Der CDU-Vorsitzende wird sich etwas anderes einfallen lassen müssen, wenn er am "Grundvertrag" herumkritisiert. Und vor allem wird er sich endlich entscheiden müssen: zu einem Ja oder zu einem Nein. Diese Entscheidung kann er nicht den Wählern allein überlassen. Die freilich werden schon wissen, was sie am 19. November tun. (cc/10.11.1972/bgy/ed)

+ + +

Der Dialog mit Ostberlin kann beginnen

"Grundvertrag" als Basis der deutschen Verständigungspolitik

Von Dr. Wilhelm Wolfgang Schütz

Mitglied des Kuratoriums "Unteilbares Deutschland"

Der "Grundvertrag" ist gemeinsam mit dem Berlin-Abkommen und dem übrigen Vertragswerk der sozialliberalen Bundesregierung Brandt/Scheel ein entscheidender Schritt, um deutsche Nation nicht nur zu deklamieren, sondern zu konkretisieren. Die Menschen können sich endlich wieder begegnen. Barrieren werden überschreitbar. Für eine Jugend, die bisher nur die Spaltung erlebt, werden deutsches Volk, deutsche Kultur zum erstenmal erlebte Wirklichkeit. Bei alledem Trennenden läßt sich künftig auch Gemeinsames erfahren. Nicht nur Friedenspolitik, sondern im lauterem Sinne nationale Politik, wird damit unter Billigung der Westmächte und der Ostmächte betrieben.

Weit über Deutschland hinaus wird das Vertragswerk als wesentlicher Beitrag der Deutschen zu einer gefestigteren Friedensordnung in Europa verstanden. Ohne den systematischen Fortschritt von den Verträgen mit Moskau und Warschau, von dem Vier-Mächte-Abkommen über Berlin zum Verkehrsvertrag und nunmehr zum "Grundvertrag" wäre ein gemeinsamer Weg von West und Ost zur "Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" nur schwer begehbar. Angesichts des Beginns der Vorkonferenz in Helsinki am 22. November wurde der "Grundvertrag" um keinen Tag zu früh vereinbart. Andernfalls wären wir im Zugzwang, möglicherweise unter Druck, nicht nur von Osten, sondern auch von Westen geraten. Diejenigen, die langsamer verhandeln wollen, riskieren eine Isolierung der Bundesrepublik.

Aus dem zeitlichen Zusammentreffen der europäischen Sicherheitskonferenz in Helsinki, des "Grundvertrages" und der Bundestagswahlen ergibt sich aber zwangsläufig, daß das gesamte Ausland die Entscheidung der Wähler am 19. November als Ja oder Nein zu dieser Verständigungspolitik wertet. Denn dies ist der Bezug, der andere Länder am unmittelbarsten betrifft. Es ist unerlässlich, daß Wähler diese Verantwortung bewußt zu machen. Ein "Ja" zu dem Vertragswerk festigt die Weltgeltung der Deutschen. Ein "Nein" könnte unabsehbare Rückschläge auslösen. Der "Grundvertrag" schafft die Basis für Verständigungspolitik zwischen Deutschen und Deutschen. Darauf läßt sich aufbauen und weiterbauen.

Der Dialog kann jetzt erst beginnen. Eine endgültige Regelung der deutschen Frage kann nur dann am Horizont auftauchen, wenn auf dem Weg dieser Verträge vorangeschritten wird. Jeder Aufenthalt wäre Rückschlag. Jeder Rückschlag würde die Gefahr einer endgültigen Trennung bedeuten. (-/10.11.1972/kgj/ex)

+ + +

Wir stehen vor der Herausforderung der Dritten Welt

Die Entwicklungspolitik muß Teil der Gesamtpolitik werden

Von Dr. Erhard Eppler

Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Entwicklungspolitische Bilanz kann nur Zwischenbilanz sein: Auf Jahre und Jahrzehnte hinaus werden die Probleme der Dritten Welt unsere ganze Kraft und größere Anstrengungen als bisher fordern. Resignation ist aber nicht am Platze. Wichtige Teilerfolge sind erreicht worden.

Ich nenne nur die wichtigsten der letzten drei Jahre:

1/ Am 11. Februar 1971 hat die Bundesregierung ein detailliertes Programm der Ziele, Grundsätze und Methoden ihrer Entwicklungspolitik verabschiedet. Das Echo im In- und Ausland war sehr positiv. Diese Konzeption - die erste, die eine Bundesregierung je zustande gebracht hat - gilt für alle Ressorts. Sie lehnt sich an die "Strategie der Vereinten Nationen für die zweite Entwicklungsdekade" an, an der die Bundesregierung mitgearbeitet hat. Aufgrund dieser Konzeption, die alle zwei Jahre überprüft werden soll, kann die deutsche Entwicklungspolitik gezielt und flexibel weiter arbeiten. Wir sind nicht mehr so naiv zu glauben, daß sich Entwicklung allein in wirtschaftlichem Wachstum niederschlägt; ebenso wichtig ist ein großes Maß an sozialer Gerechtigkeit. Das hat gerade die Erfahrung der letzten Jahre gezeigt, in denen trotz mancher wirtschaftlicher Erfolge die Bürde der Armut in den Entwicklungsländern eher zunahm.

2/ Die deutsche Entwicklungspolitik unterstützt verstärkt die Tätigkeit internationaler Organisationen. Von 1969 bis 1971 wuchs der Anteil der deutschen Entwicklungshilfe, der an internationale Institutionen geht, von 22 vH. auf 28 vH. In absoluten Zahlen: Die Beiträge der Bundesregierung an internationale Entwicklungshilfeorganisationen wurden innerhalb von zwei Jahren von 501 Millionen DM auf 715 Millionen DM erhöht.

3/ Den 18 mit der EWG assoziierten afrikanischen Staaten ist die Arbeit des Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) gewidmet. Die Bundesregierung hat ihre Beiträge zum EEF von 161 Millionen DM im Jahre 1970 auf 203 Millionen DM im Jahre 1971 gesteigert. Darüber hinaus drängt die Bundesregierung auf stärkere Europäisierung der Entwicklungspolitik.

4/ Unsere Entwicklungshilfe soll sich an den Zielvorstellungen und den Planungen der Entwicklungsländer orientieren. Grundlage für ein solches rationelles Verfahren sind die in jüngster Zeit erarbeiteten länderbezogenen Hilfeprogramme, die das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit für wichtige Entwicklungsländer aufstellt. Länderprogramme für Kenia, Tansania, Ghana, Marokko, Elfenbeinküste und Indonesien liegen bereits vor, andere stehen kurz vor dem Abschluß. Sie tragen auch dazu bei, unsere Maßnahmen besser mit der Hilfe anderer Industriestaaten und internationaler Organisationen zu koordinieren.

5/ Die Wirksamkeit der Hilfe wird sorgfältiger kontrolliert,

um Mängel sofort abzustellen und aus Fehlern rasch zu lernen. Zu der laufenden Kontrolle der Entwicklungshilfe ist ein unabhängiger Inspektionsstab im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit hinzugekommen. Diese "Feuerwehr" greift überall dort ein, wo ein Fehlschlag droht. Ihre Ergebnisse wirken auf die gesamte Arbeit des BMZ zurück.

6/ Die öffentliche Entwicklungshilfe (Zusagen) ist seit Amtsantritt der Regierung Brandt/Scheel laufend gestiegen. Sie erhöhte sich von 2,5 Milliarden DM im Jahre 1969 auf 3,3 Milliarden DM im Jahre 1971 (einschließlich Umschuldungen) und stieg damit um insgesamt 32 vH. Damit ist die in der Regierungserklärung zugesagte Steigerung von jährlich elf vH. verwirklicht worden.

Seit April dieses Jahres sind die finanziellen Bedingungen für Entwicklungshilfe-Kredite verbessert worden: Zwei vH. Zinsen, 30 Laufjahre, zehn Freijahre. Die Bundesrepublik Deutschland entspricht damit den Wünschen internationaler Organisationen, die empfohlen haben, die schwierige Lage der meist schwer verschuldeten Entwicklungsländer durch großzügigere Kreditbedingungen zu lindern.

Für die 25 am wenigsten entwickelten Länder der Dritten Welt vergibt die Bundesregierung seit April dieses Jahres Kredite, wie sie die Weltbank-"Tochter" IDA gewährt, d.h. zu noch günstigeren Bedingungen: 0,75 vH. Zinsen, 50 Laufjahre, zehn Freijahre.

Weil wir immer seltener verlangen, daß im Rahmen der deutschen Hilfe nur deutsche Waren geliefert werden, können die Entwicklungsländer die deutsche Hilfe weit besser nutzen. Die Bundesregierung vergab 1968 noch 39,8 vH. der Kreditzusagen an Entwicklungsländer mit der Bedingung, dafür in der Bundesrepublik einzukaufen ("Liefer gebunden"). 1971 waren nur noch 23,6 vH. aller zugesagten Kredite liefergebunden. Damit hat sich die Bundesrepublik im internationalen Vergleich an die Spitze gesetzt.

7/ Die europäischen Märkte wurden für Waren aus Entwicklungsländern geöffnet. Seit dem 1. Juli 1971 können 91 Entwicklungsländer industrielle Halb- und Fertigwaren zollfrei in die Länder der Europäischen Gemeinschaft exportieren. Die Länder der Dritten Welt können jetzt leichter ihre Waren auf den Märkten der Industrieländer absetzen. Im Jahre 1971 wurden dadurch Einfuhren im Werte von insgesamt 515 Millionen Dollar begünstigt.

8/ Das Entwicklungshelfergesetz vom 18. Juni 1969 bietet den Entwicklungshelfern (Freiwilligen) soziale Sicherheit und erkennt Entwicklungsdienst als gleichwertige Alternative zum Wehrdienst an. Die deutschen Entwicklungsexperten genießen seit 1. Januar 1972 den Schutz eines Manteltarifvertrages zwischen der ÖTV, der IAG und ihrem Arbeitgeber, der Deutschen Förderungsgesellschaft für Entwicklungsländer (GAWI). In der kommenden Legislaturperiode werden wir uns um noch mehr qualifiziertes Personal für die Entwicklungshilfe bemühen.

9/ Private Organisationen, z.B. Kirchen oder Stiftungen, erreichen in vielen Fällen bestimmte Bevölkerungsgruppen besser als die staatliche Entwicklungshilfe. Deshalb hat die Bundesregierung die Zuschüsse zu Entwicklungshilfeprojekten privater Organisationen allein von 1970 bis 1971 um 20 Prozent gesteigert. Aus eigenen Kräften brachten private Organisationen im Jahre 1970 284 Millionen DM für Hilfsmaßnahmen in den Entwicklungsländern auf. Im Jahre 1971 erhöhte sich diese Summe auf 378 Millionen DM. Der überwiegende Teil dieser Gelder wurde von kirchlichen Organisationen wie "Misereor" und "Brot für die Welt", bereitgestellt. Die Kirchen

haben wiederholt die gute Zusammenarbeit mit der Bundesregierung unterstrichen. Wir wollen sie weiter ausbauen.

10/ Die Bundesrepublik hat das Engagement der deutschen Unternehmer in Entwicklungsländern weiter gefördert. Die Förderungsinstrumente für private Investitionen in der Dritten Welt sind verbessert worden. Die privaten Direktinvestitionen und reinvestierten Gewinne sind von 916 Millionen DM im Jahre 1969 auf 1,25 Milliarden DM im Jahre 1971 gestiegen. Die Unternehmer wurden dabei tatkräftig von der Deutschen Entwicklungsgesellschaft unterstützt.

11/ Umweltschutz und Familienplanung wurden in unsere langfristige Entwicklungsstrategie aufgenommen. Familienplanung und Umweltschutz sind unumgänglich, wenn die Qualität des Lebens in Industrie- und Entwicklungsländern verbessert werden soll. Mehr und mehr werden Umweltaspekte bei der Industrialisierung in Entwicklungsländern beachtet werden.

In Zukunft wird die Bundesregierung auf folgende Maßnahmen dringen müssen:

1/ Die EWG-Zollpräferenzen zugunsten der Entwicklungsländer müssen erweitert werden.

2/ Die Übertragung von Technologien, die den Verhältnissen der Entwicklungsländer entsprechen, muß verstärkt gefördert werden; dabei kommt es vor allem auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in der Dritten Welt an.

3/ Bei der Förderung von deutschen Privatinvestitionen in Entwicklungsländern ist besonders darauf zu achten, daß die am wenigsten entwickelten Länder stärker berücksichtigt werden. Die privaten Investitionen müssen nach entwicklungspolitischen Grundsätzen gefördert werden, wobei die Schaffung von Arbeitsplätzen Vorrang haben muß.

In der kommenden Legislaturperiode wird die Bundesrepublik unter anderem folgende Akzente setzen:

1/ Steigerung des Volumens der öffentlichen Hilfe, als Antwort auf die Verschuldung vieler Entwicklungsländer erhöhter Anteil an nicht rückzahlbarer Hilfe;

2/ mehrjährige deutsche Hilfezusagen für regionale und sektorale Schwerpunktprogramme als Konsequenz der mittelfristigen Entwicklungsplanung in den Entwicklungs- wie Industrieländern;

3/ enge Zusammenarbeit mit den Partnern der EWG sowie eine fortschreitende Europäisierung der Entwicklungspolitik;

4/ Ausbau der Maßnahmen im Bereich der Grunderziehung und der Bildungsforschung und -planung sowie Einsatz der Kapitalhilfe für Zwecke der Bildungs- und Wissenschaftshilfe;

5/ ländliche Strukturverbesserung durch Ausbau der wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur, der Landwirtschaft und der gewerblichen Wirtschaft; und

6/ Förderung von Städteplanung, kommunalen Versorgungseinrichtungen und sozialen Diensten sowie Schaffung von Arbeitsplätzen.

Diese Zwischenbilanz kann sich sehen lassen. Wir wissen aber, daß wir bei dem Erreichten nicht stehen bleiben können. Wir werden den politischen und moralischen Herausforderungen durch die Spaltung der Welt in arm und reich nur dann gewachsen sein, wenn die Entwicklungspolitik in zunehmenden Maße als eine Dimension der Gesamtpolitik aufgefaßt wird. Die Bundesregierung muß weiterhin und in stärkerem Maße die Interessen der Dritten Welt in der internationalen Diskussion vertreten. Bildungspolitik und Massenmedien in der Bundesrepublik werden weiter daran arbeiten müssen, eine breite Basis für die Entwicklungspolitik in der Bevölkerung zu schaffen.

(-/10.11.1972/ks/ex)